Milieuschutzsatzung für das Severinsviertel ist da

Es war der 11. Februar 2014, an dem der Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit das Stadtentwicklungskonzept Wohnen beschlossen hatte. Demzufolge "ist das Instrument Erhaltungssatzung vermehrt zu nutzen". Fünf Jahre, sieben Monate und zwei Tage später hat das Stadtplanungsamt nun den Entwurf einer sozialen Erhaltungssatzung für das Severinsviertel vorgelegt, der in den kommenden Wochen in den politischen Gremien diskutiert werden soll. Es war ein langer Weg, der durch Gebietsidentifikationen, Aufstellungsbeschlüsse, Haushaltsbefragungen, sozialräumliche Untersuchungen und endlose Debatten geprägt war, in denen sich DIE LINKE immer wieder eingebracht hat.

Sollte der Stadtrat die Satzung am 7. November beschließen, könnten im Herzen der Südstadt zukünftig Luxussanierungen, die Zusammenlegung von Wohnungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Dass sich Aufwertungsund Verdrängungsprozesse in Milieuschutzgebieten effektiv verlangsamen lassen, zeigt der Blick in andere Städte, die diese Instrument bereits seit Jahrzehnten nutzen und immer weiter ausbauen. So hat Hamburg inzwischen 15 Schutzgebiete eingerichtet, München 25 und die Hauptstadt 58. Damit es in Köln nicht bei der einen Satzung für das

die Untersuchung des Rathenauplatzes sowie weiterer innenstädtischer Veedel beantragt. Auch die Bezirke Kalk, Mülheim und Ehrenfeld haben Schutzbedarfe angemeldet.

Dabei ist darauf zu achten, dass die personellen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, die für die effektive Einrichtung, Umsetzung und Bearbeitung sozialer Erhaltungssatzungen benötigt werden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der negativen Erfahrung mit der seit 2014 bestehenden Wohnraumschutzsatzung gegen Zweckentfremdung durch illegale Zimmermietung zu verstehen, die aufgrund mangelnder personeller Ausstattung kaum zur Anwendung gebracht werden konnte. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE in der Innenstadt dafür einsetzen, Mieter und Mieterinnen sowie Eigentümer und Eigentümerinnen im Rahmen umfassender Öffentlichkeitsarbeit zu informieren. Damit die Milieuschutzsatzung von Anfang an Akzeptanz findet, verstanden wird und Wirkung entfalten kann, ist es uns wichtig die Bewohner und Bewohnerinnen umfassend einzubinden und zu beteiligen. Nur gemeinsam kann und wird es gelingen, In-Wert-Setzung zu verlangsamen und

sozial verträglich zu gestalten, die Bevölkerungsstruktur zu erhalten und negative städtebauliche Folgen zu vermeiden.

